

**Zeitschrift:** Die Vorkämpferin : verfiicht die Interessen der arbeitenden Frauen  
**Herausgeber:** Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz  
**Band:** 6 (1911)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Da Institut der Gewerbe-Inspektion  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-350346>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

weist auf die wiederholt erhobenen Proteste der Arbeiterschaft Deutschlands gegen die Rechtslosigkeit von Millionen von Arbeiterinnen hin. Die deutsche Regierung weiß ganz genau, welchen Wert die Frauenarbeit für Industrie und Landwirtschaft hat. Das geht schon aus der Begründung zum Vereinsgesetz hervor. Es heißt dort wörtlich:

„Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat dahin geführt, daß die Teilnahme der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Ihre Betätigung ist nicht nur im Handel und Gewerbe, in der Industrie, sondern auch im übrigen öffentlichen Leben in aufsteigender Bewegung begriffen. In manchen Stellungen des öffentlichen Dienstes, die früher ausschließlich von Männern bekleidet wurden, insbesondere auf dem Gebiete der Armen- und Waisenfürsorge, der Gewerbeaufsicht, der Post, im Telegraphendienst, wurden seit geraumer Zeit und in größerem Umfange Frauen verwendet.

Infolge dieser erweiterten, zum Teil selbständigen und mit Verantwortung verknüpften Tätigkeit sind die Frauen an der Lösung öffentlicher Aufgaben in der Gegenwart in weit höherem Maße beteiligt als früher. Es würde daher weder zeitgemäß sein, noch den Anforderungen der Billigkeit entsprechen, gesetzliche Bestimmungen aufrecht zu erhalten, die den Frauen die Möglichkeit verschließen, sich am gesamten öffentlichen Leben zu beteiligen.“

Trotz dieser Erkenntnis der Regierung sind die deutschen Frauen noch immer ohne Wahlrecht. In Dänemark haben sich die Frauen im kommunalen (Gemeinde-) Parlament so gut bewährt, daß die Regierung selbst die Einführung des Frauenwahlrechts zu den Parlamenten beantragt hat. In Frankreich haben die Frauen seit 1880 das Wahlrecht zum obersten Unterrichtsrat, seit 1898 für die Handelskammern, seit 1903 für die Gewerbegerichte. Ähnliches Entgegenkommen zeigte Italien, und in Finnland haben die Frauen ein freies und gleiches Wahlrecht. In Deutschland wird es die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, den Frauen das Stimmrecht erkämpfen zu helfen, um dann gemeinschaftlich alle die Mißstände zu beseitigen, unter denen heute Arbeiter und Arbeiterin zu leiden haben.

Die längere, vom Kongreß ebenfalls einstimmig gutgeheißene Resolution lautet zusammenfassend in ihren beiden Schlußsätzen:

„Die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Erwerbsleben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung.

Der Kongreß erneuert deshalb den schon 1908 gefaßten Beschluß, bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken, und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt.“

(Fortsetzung in der Oktobernummer.)

### Das Institut der Gewerbe-Inspektion.

In den meisten Ländern, wo die Arbeiterbewegung größere Bedeutung erlangt hat, besteht eine Gewerbeinspektion. Diese gehört zum wichtigsten Teil des Arbeiterschutzes. So man darf füglich behaupten, daß die Größe des Arbeiterschutzes eines Landes abhängt von den Einrichtungen, die zur Durchführung der Gesetze geschaffen werden.

Nun steht fest, daß eine immerwährende Beaufsichtigung der Betriebe, sowie die Ueberwachung der Arbeiterschutzes nur mit Hilfe der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst erzielt werden kann. Denn diese haben ja das allergrößte Interesse an der Durchführung der Gesetze. Die Gewerbeinspektion wird daher ihren Zweck erst dann vollkommen erreichen, wenn ihre Kontrolle in steter Verbindung mit der Arbeiterschaft und deren Organisationen ausgeübt wird.

Nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes bestehen zurzeit in 22 Staaten Europas Aufsichtsorgane zur Durchführung der Arbeiterschutzes. Einzig Monaco, San Marino, Griechenland, Montenegro und die Türkei haben noch keine Einrichtungen getroffen für die Gewerbeaufsicht. Die stärkste Besetzung hinsichtlich des Personals weist Deutschland mit 543 Aufsichtsbeamten auf, darunter ungefähr 40 weiblichen Assistentinnen. Während in Baden und Hamburg nur Frauen mit akademischer Bildung angestellt werden, wird dagegen in Preußen, Sachsen, Württemberg und Hessen von einer Vorbildung der Frauen abgesehen. Bemerkenswert ist, daß bisher Bayern, Württemberg und Baden wohl hin und wieder Arbeiter zu Assistenten ernannt haben.

Biel zu gering an Zahl sind die in der Gewerbeaufsicht tätigen Ärzte. Einzig England macht hierin eine rühmliche Ausnahme. Neben seinen 200 Fabrikinspektoren amten zahlreiche Sanitätsinspektoren.

Von außerordentlicher Tragweite sind die Berichte der Gewerbeinspektoren, die, wie Helene Simon schreibt, zu den besten Quellen des Einblicks in die gewerblichen Verhältnisse zählen. Die besondern Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Heimarbeit, die Frauenarbeit, die Kinderarbeit, die Arbeiterferien, die Lage der Fabrikarbeiter sind nicht nur dazu angetan, wertvolles Material zu Tage zu fördern. Manche direkte Wirkung zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse wird so erzielt. Hygienische und andere Einrichtungen werden angeregt und oftmals geschaffen, die nicht von Gesetzeswegen vorgeschrieben sind.

Es ist darum außerordentlich wichtig, daß die Inspektoren, als die eigentlichen Anwälte der Arbeiter, in immer engerer Fühlung mit den Arbeiterorganisationen treten. Ein solch erfreuliches Zusammenarbeiten weist Oesterreich schon seit 16 Jahren auf; ebenso unsere Schweiz. Auch Deutschlands Gewerbeinspektion hat in dieser Hinsicht in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. In Württemberg z. B. nimmt der Gewerbeinspektor direkt an den Konferenzen der Vertrauensleute der Arbeiter teil zur Entgegennahme von Beschwerden. So, man darf heute sagen, daß fast überall zwischen den Aufsichts-

beamten und den Gewerkschafts- und Arbeitersekretären nicht nur das beste Einvernehmen, sondern gegenseitig eifrige Unterstützung und Förderung der mühevollen Berufstätigkeit obwaltet.

Zu wünschen bleibt nur, daß in Anbetracht der großen Arbeiterinnenmassen der Gegenwart, die weibliche Fabrik- und Gewerbeinspektion sich in ähnlichem Rahmen entwickle, wie die männliche. Die Schweiz zählt heute nur 2 Gewerbeinspektorinnen, je eine in Zürich und Basel und 1 Assistentin in Luzern. Fabrikinspektorinnen besitzen wir noch nicht eine einzige.

Seien wir daher in erster Linie auf den starken Ausbau unserer Arbeiterinnenorganisationen bedacht, so wird auch unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung wachsen und die Zeit nicht mehr ferne liegen, wo in den Spinnereien und Webereien mit fast ausschließlich weiblichen Arbeitskräften nicht mehr nur Männer die Aufsicht ausüben, sondern Fleisch von unserem Fleisch, Frauen mit klarem Verstand und starken gefühlstiefen Herzen. Erst dann wird die Fabrik- u. Gewerbeinspektion zu einem noch bemerkbareren Segen für die Arbeiterinnen werden.

### Aus dem Jahresbericht über Arbeiterinnenschutz

Von Sophie Abrecht, Gewerbeinspektorin, Zürich.

In Fällen von Neuunterstellungen sind die Geschäftsinhaberinnen vielfach der irrigen Meinung, daß sie mindestens fünf Personen beschäftigen müssen, um unter das Arbeiterinnenschutzgesetz zu kommen, und es braucht oft eingehender Erklärung, um ihnen begreiflich zu machen, daß ein Betrieb auch mit nur einer einzigen Arbeiterin oder Lehrtochter dem Gesetz zu unterstellen sei. Dies ist namentlich auf dem Lande der Fall, weil hier das Gesetz noch vielen Geschäftsinhabern unbekannt ist, trotzdem es seit 1894 besteht. Sie und da erinnert sich etwa eine Meisterin von ihrer Lehrzeit in der Stadt her, daß dort ein solches Gesetz in Plakatform im Arbeitsraum angeschlagen war. Bei den Inspektionen auf dem Lande ergibt sich sehr oft, daß in den Arbeitsräumen das Gesetz nicht zu finden ist. Der Geschäftsinhaberin mangelt das Bewußtsein, daß sie unter das Gesetz gehört und die Ortsbehörden lassen es an der notwendigen Kontrolle fehlen.

Bei Neuunterstellungen wird darauf gesehen, die zehnstündige Arbeitszeit ohne Zwischenpausen zu fixieren. Aber dies ist oft nicht leicht. Die Arbeitgeberin glaubt, wenn die Arbeit morgens um 7 Uhr beginne, so müsse sie auch bis abends 7 Uhr dauern. Auch in städtischen Verhältnissen ist es mit den Pausen meistens übel bestellt, selten werden sie im Sinne des Gesetzes den Arbeiterinnen zu teil. Die Sache ist eben hier schwieriger als in den Fabriken. Dort ist den Arbeiterinnen die Pause eher garantiert, weil während dieser Zeit der Betrieb eingestellt wird und teilweise besondere Räume zur Einnahme der Zwischenmahlzeiten zur Verfügung stehen. Im Kleinbetrieb dagegen bleiben die Arbeiterinnen in der Pause sitzen und essen ihr Brot während der Arbeit. Pressiert aber letztere, dann dürfen sie mitunter nicht

einmal zwischenhinein etwas zu sich nehmen. Darum ist den Arbeiterinnen durchweg die halbe Stunde früher Feierabend lieber, sie ist ihnen sicherer als die angebliche Pause.

Die meisten Verstöße gegen das Gesetz beziehen sich auf § 7 (Arbeitszeit). Durch die Inspektionen trat auch hier eine Besserung ein. Bei den Lehrlingsprüfungen benützt die Inspektorin gerne die Gelegenheit, sich über die Lehrverhältnisse in bezug auf Ausbildung in der Lehre, Schulbesuch, Lehrverträge, Arbeitszeit etc. zu erkundigen und nicht selten heißt es: „Seit Sie bei uns gewesen sind, dürfen wir zur Zeit Feierabend machen.“ Immerhin kommen Ueberschreitungen vor. Auch gibt es jetzt noch Geschäftsinhaberinnen, die ihre Arbeiterinnen und Lehrtöchter bei der Ueberzeitarbeit in andere Zimmer sperren. Dies geschieht namentlich da, wo dieselben bei der Geschäftsinhaberin in Kost und Logis stehen. Auf dem Lande ist da, wo die Meisterin mit der Lehrtochter noch oft ins Kundenhaus geht, von der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit keine Rede. Auch in der Stadt wird etwa noch im Kundenhaus gearbeitet. In der Regel lernt in diesen Fällen die Lehrtochter nicht viel, weil die Meisterin nicht über die nötige Zeit verfügt, sich mit der Lehrtochter zu beschäftigen. (Fortsetzung folgt.)

### Im Lande herum.

Der IX. Delegiertentag des Schneider- und Schneiderinnenverbandes, der in Marau vom 13.—15. August stattfand, faßte zwei für die Arbeiterinnen besonders erfreuliche Beschlüsse.

Zur Förderung der Agitation unter den weiblichen Arbeitern werden dem Zentralkomitee hinreichende Mittel zur Verfügung gestellt. Der Fachzeitung soll periodisch jeder dritten Nummer ein Beiblatt angefügt werden, das speziell den Interessen der Schneiderinnen dient.

Eine Aufmunterung für andere Verbände, ein gleiches oder ähnliches zu tun!

Die IV. Frauenkonferenz des Textilarbeiterverbandes vom 27. August in St. Gallen zeitigte für die Zukunft schöne Hoffnungen erweckende Resultate. Nicht nur, daß zwei der Delegierten die anwesenden Genossinnen und Genossen — 19 an der Zahl — mit gut ausgearbeiteten und wohlbedachten kleineren Vorträgen erfreuten. Es meldeten sich sofort 3 weitere Textilarbeiterinnen zur Uebernahme ähnlicher Referate anlässlich der nächsten Frauenkonferenz in St. Gallen, die auf den Monat November vorgesehen ist. Die Darbietungen erregten bei den Genossen den vortheilhaftesten Eindruck und wurden die beiden beherzten und mundgewandten Arbeiterinnen gleich mit weiteren rednerischen Aufgaben beglückt.

Es ist außerordentlich erfreulich, daß endlich auch in der Schweiz die Zeit näher rückt, wo die arbeitenden Frauen nicht länger schweigen, sondern mutvoll die Bessergestaltung ihrer vielerorts tieftraurigen Lage selbsttätig an die Hand nehmen werden.